

# FNB Gas - Stellungnahme

zum Entwurf der Festlegung zur Feststellung einer wirksamen Verfahrensregulierung der Kosten zum Schutz vor elektromagnetischer Beeinflussung nach § 49a EnWG und aus temporärer Höherauslastung nach § 49b EnWG („Festlegung FSV Höherauslastung“) (BK8-24-020-A)

Berlin, 21.01.2025

## **Über FNB Gas:**

*FNB Gas e.V. ist der Zusammenschluss der überregionalen deutschen Fernleitungsnetzbetreiber. Seine Mitglieder betreiben zusammen ein rund 40.000 Kilometer langes Leitungsnetz für den Transport von Erdgas und errichten gemeinsam das rund 9.000 Kilometer lange Wasserstoff-Kernnetz. Die Vereinigung unterstützt ihre Mitglieder bei der Erfüllung ihrer gesetzlichen und regulatorischen Verpflichtungen. Zudem koordiniert sie die integrierte Netzentwicklungsplanung für Gas und Wasserstoff auf der Transportnetzebene. Darüber hinaus tritt die Vereinigung für die aktive Förderung eines sicheren, wirtschaftlichen, umweltgerechten und klimafreundlichen Betriebs der Gastransportinfrastruktur sowie für ihre kontinuierliche Weiterentwicklung an die Bedarfe des zukünftigen Energiesystems ein.*

*Mitglieder der Vereinigung sind die Unternehmen bayernets GmbH, Fluxys TENP GmbH, Ferngas Netzgesellschaft mbH, GASCADE Gastransport GmbH, Gastransport Nord GmbH, Gasunie Deutschland Transport Services GmbH, GRTgaz Deutschland GmbH, Nowega GmbH, ONTRAS Gastransport GmbH, Open Grid Europe GmbH, terranets bw GmbH und Thyssengas GmbH.*

Die Beschlusskammer 8 hat mit Datum vom 19.12.2024 ein Verfahren eingeleitet und den Entwurf einer **Festlegung zur Feststellung einer wirksamen Verfahrensregulierung der Kosten zum Schutz vor elektromagnetischer Beeinflussung nach § 49a EnWG und aus temporärer Höherauslastung nach § 49b EnWG („Festlegung FSV Höherauslastung“)** (BK8-24-020-A) gemäß § 29 Abs. 1 EnWG i.V.m. § 32 Abs. 1 Nr. 4, § 11 Abs. 2 Satz 2 und 4 ARegV zur Konsultation gestellt. Da viele Fernleitungsnetzbetreiber (FNB) von einer elektromagnetischen Beeinflussung infolge einer Höherauslastung der Stromnetze betroffen sind, nimmt der FNB Gas e.V. im Namen seiner Mitgliedsunternehmen zu dem Festlegungsentwurf wie folgt Stellung:

Zunächst begrüßen wir, dass die Bundesnetzagentur beabsichtigt, die gesetzlich bestimmte Kostenübernahmeverpflichtung der Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) im Falle einer elektromagnetischen Beeinflussung anderer Infrastrukturen durch eine separate Festlegung auszugestalten und die regulatorische Handhabung dieser Kosten zu konkretisieren. Die Nutzung der Verfahrensregulierung nach § 11 Abs. 2 Satz 2 und 4 ARegV erweitert zwar den Katalog der dauerhaft nicht-beeinflussbaren Kosten, schafft aber die Möglichkeit einer zeitnahen Erstattung und Anerkennung der verursachten Kosten. Da auch bei den FNB zukünftig Kosten anfallen werden, die durch die Transformation der Energiesysteme und strengere Anforderungen zum Klimaschutz verursacht sind, kann die Verfahrensregulierung grundsätzlich ein geeignetes Instrument sein, um eine kurzfristige Anpassung der Erlösobergrenze und damit eine zeitnahe Vergütung dieser Kostenpositionen zu gewährleisten.

Grundsätzlich muss aber durch die Regelungen sichergestellt werden, dass alle durch die Höherauslastung verursachten Kosten vollumfänglich erstattet werden. Dabei ist es vollkommen unerheblich, ob die betroffene Infrastruktur selbst reguliert ist oder nicht. Der gesetzlichen Grundlage im EnWG folgend, müssen diese Kosten verursachungsgerecht den Übertragungsnetzen zugeordnet und in die dortigen Netzentgelte eingerollt werden. Dies ist im vorliegenden Festlegungsentwurf und der zugehörigen freiwilligen Selbstverpflichtung („FSV“) bisher nicht zweifelsfrei formuliert und muss daher klargestellt werden.

Im Einzelnen:

#### **Anmerkungen zum Festlegungsentwurf BK8-24-020-A**

##### **Zu Nr. 1 des Tenors (Seite 2):**

Hier wird auf die Anlagen 1-4 verwiesen, die jedoch nicht dem Beschlussentwurf beigelegt sind. Es lässt sich vermuten, dass hier auf die FSV und die der FSV beigelegten (zwei?) Anlagen, verwiesen werden soll. Diese sind jedoch nicht nummeriert. Wir bitten daher um eine eindeutige Bezeichnung der Anlagen.

##### **Zu Nr. 5.5 der Entscheidungsgründe, Rn. 48 (Seite 15), und Nr. 9 der Entscheidungsgründe, Rn. 61 (Seite 18):**

Auch hier wird auf die Anlagen 1-4 referenziert, die jedoch nicht mit dem Konsultationsdokument veröffentlicht wurden. Auch hier bitten wir um eine Klarstellung der Verweise.

### Anmerkungen zur FSV der ÜNB zur Höherauslastung

Die FSV in der vorliegenden Fassung lehnen die FNB klar ab. Grundsätzlich sollten die Zuordnung und Übernahme von Kosten nach dem Prinzip der Verursachungsgerechtigkeit erfolgen, d. h. die Kosten sind von dem Verursacher – also dem ÜNB – so lange zu tragen, bis keine Beeinflussung mehr vorliegt und somit keine Schutz- sowie zugehörige Wartungs- und Instandhaltungsmaßnahmen (W&I-Maßnahmen) mehr erforderlich sind.

Ziffer „III. Kostenersatzung“ in der FSV enthält eine Regelung, wonach die Kosten nach Ziffer 1 Buchstabe b im Falle von Betreibern technischer Infrastruktur, die der Regulierung durch die Bundesnetzagentur oder einer Landesregulierungsbehörde unterliegen, nur erstattungs- und anererkennungsfähig sind, soweit sie nicht durch die Betreiber technischer Infrastruktur selbst gewälzt werden können. Diese Regelung verstößt gegen die gesetzlichen Regelungen, die im Hinblick auf den Kostenersatzungsanspruch keinerlei Einschränkung bezüglich regulierter Netzbetreiber vorsieht, sowie in eklatanter Weise gegen das Prinzip der Verursachungsgerechtigkeit. Die durch die Energiewende verursachten Anforderungen an das Stromübertragungsnetz dürfen nicht zulasten der Gasnetzkunden gehen.

Die FSV enthält noch eine Reihe weiterer Punkte, die aus Sicht der FNB nicht akzeptabel sind. Im Einzelnen:

#### **Zu I. Präambel (erste Anlage zum Beschlussentwurf)**

Die Präambel der FSV enthält die Formulierung: *„Die geltenden Grenzwerte werden auch im Rahmen einer Höherauslastung eingehalten.“*

Dies entspricht nicht den Tatsachen. Mit der Höherauslastung werden Grenzwerte im Hinblick auf den Berührungsschutz und möglicherweise auch die Grenzwerte für die Langzeitbeeinflussung überschritten. Eine passendere Formulierung wäre: ~~„Die geltenden Grenzwerte werden auch im Rahmen einer Höherauslastung eingehalten. Dennoch besteht die Möglichkeit, dass der Ausbau oder die Ertüchtigung, Umbeseilungen oder Zubeseilungen, Änderungen des Betriebskonzepts eines Übertragungsnetzes oder der Seiltausch andere Infrastrukturen elektromagnetisch beeinflussen können.“~~ **Die geltenden Grenzwerte sollten auch im Rahmen einer Höherauslastung eingehalten werden. Die aus dem Ausbau, der Ertüchtigung, der Umbeseilung, der Zubeseilung oder der Änderung des Betriebskonzepts von Systemen möglicherweise entstehenden Beeinflussungen wirken sich nachteilig auf die betroffenen Infrastrukturbetreiber aus. Vor diesem Hintergrund sind beeinflusste Betreiber technischer Infrastrukturen verpflichtet, entsprechende Schutzmaßnahmen zu ergreifen. Der ÜNB muss gemäß §§ 49a, 49b EnWG für die dafür notwendigen Kosten aufkommen.“**

#### **Zu III. Kostenanerkennung (erste Anlage zum Beschlussentwurf)**

- a) Ziffer III. Kostenanerkennung in der FSV enthält die Formulierung: *„Insbesondere geht eine Zuordnung zu den eigenen betriebsnotwendigen Kosten des Betreibers der regulierten Infrastruktur vor, soweit diese gesetzlich vorgesehen ist.“*

Diese Regelung widerspricht dem Verursachungsprinzip. Die anfallenden Kosten sind dem regulierten Unternehmen als betriebsnotwendige Kosten zuzuordnen, das ursächlich für die Beeinflussung der anderen Infrastruktur verantwortlich ist, in diesem Fall also dem jeweiligen ÜNB. Ob das von der Höherauslastung des Übertragungsnetzes betroffene Unternehmen reguliert ist, ist dabei unerheblich.

Im Falle der energiewirtschaftlich regulierten Unternehmen wird außerdem durch Einbeziehung der Erstattungszahlungen in die Kostenbasis – entweder in Form von Baukostenzuschüssen oder Erträgen aus Erstattungen – sichergestellt, dass keine Doppelanerkennung von Kosten erfolgen kann.

- b) Ziffer III. Kostenanerkennung in der FSV enthält die Formulierung: *„Die Kosten nach Ziffer 1 Buchstabe b sind im Falle von Betreibern technischer Infrastruktur, die der Regulierung durch die Bundesnetzagentur oder einer Landesregulierungsbehörde unterliegen, nur erstattungs- und anererkennungsfähig soweit sie nicht durch die Betreiber technischer Infrastruktur selbst gewälzt werden können.“*

Diese Regelung verstößt gegen die gesetzlichen Regelungen, die im Hinblick auf den Kostenerstattungsanspruch keinerlei Einschränkung bezüglich regulierter Netzbetreiber vorsieht. Eine solche Festlegung wäre demgemäß rechtswidrig. Ferner ist sie angesichts des Verstoßes gegen das Prinzip der Verursachungsgerechtigkeit auch unangemessen und somit nicht akzeptabel. Im Sinne einer sachgerechten Kostenzuordnung und Kostentragung sind gemäß §§ 49a, 49b EnWG alle im Zusammenhang mit der Höherauslastung bei den Betreibern technischer Infrastruktur entstehenden Kosten für die betrieblichen, organisatorischen und technischen Schutzmaßnahmen einschließlich der notwendigen Kosten für Unterhaltung, Betrieb und Erneuerung durch die ÜNB zu erstatten und von deren Kunden zu tragen.

Die Wälzung der Kosten, die durch die Höherauslastung der Übertragungsnetze verursacht werden, auf die Erdgas- und Wasserstoffnetze würde zum Anstieg der Netzentgelte für die Gas- und zukünftigen Wasserstoffkunden führen und ist somit nachteilig für die Energiewende.

- c) Ziffer III. Kostenanerkennung in der FSV enthält die Formulierung: *„Eine jährliche Erstattung von Kosten für die Unterhaltung und den Betrieb, einschließlich Wartung und Instandhaltung, von technischen Schutzmaßnahmen ist nur möglich, wenn und soweit dies gesetzlich vorgesehen ist.“*

Nach aktueller Gesetzeslage wäre somit nur eine einmalige Ersatzleistung vorgesehen und möglich. Der Gesetzgeber hat die Problematik erkannt und wollte mit der (nicht verabschiedeten) EnWG-Novelle 2024 Betreibern betroffener technischer Infrastrukturen die Möglichkeit geben, zwischen Einmalzahlung und jährlichen Nachweisen basierend auf tatsächlichen Kosten oder Pauschalen zu wählen. Da die EnWG-Novelle mutmaßlich nicht in dieser Legislaturperiode beschlossen wird, bleibt laut aktueller Gesetzeslage weiterhin die Einmalzahlung die einzige Option. Die FNB halten die Aufnahme einer Auswahlmöglichkeit zur jährlichen Kostenerstattung in die FSV für sinnvoll.

- d) Ziffer III. Kostenanerkennung in der FSV enthält die Formulierung: *„Soweit einer gesetzlich vorgesehenen einmaligen Ersatzzahlung eine zu erwartende Nutzungsdauer zugrunde gelegt werden muss, beträgt diese 55 Jahre abzüglich der bereits vergangenen Nutzungsdauer, jedoch maximal den Zeitraum bis 2065. Maßgeblich dabei ist jeweils die erwartete tatsächliche Nutzungsdauer der technischen Schutzmaßnahme.“*

Grundsätzlich sind Erdungsmaßnahmen so lange erforderlich, wie eine Beeinflussung erfolgt. Bei der Ermittlung der zu erwartenden Nutzungsdauer sollte auf die Restnutzungsdauer der beeinflussten

Infrastruktur abgestellt werden. Für die Ermittlung der Restnutzungsdauer gilt der Ansatz:  
 $\text{Restnutzungsdauer} = \text{durchschnittliche Lebensdauer/Nutzungsdauer} - \text{aktuelle Nutzungszeit}$ .

Die gewöhnliche Nutzungsdauer von KKS-geschützten Gastransportleitungen kann mit ca. 120 Jahren angenommen werden. Für neuere Transportleitungen, die mit einer PE-Umhüllung und KKS ausgestattet sind, kann von einer technischen Nutzungsdauer von deutlich mehr als 120 Jahren ausgegangen werden. Im Rahmen der Energiewende werden viele Erdgastransportleitungen auf Wasserstoff umgestellt. Auch in dieser Betriebsphase müssen die Transportleitungen sicher betrieben werden können.

Den ermittelten Wartungs- und Instandhaltungskosten liegen folgende Ansätze zugrunde: eine Nutzungsdauer von 120 Jahren abzüglich der bereits abgelaufenen Betriebsjahre der Leitung zum Zeitpunkt des Abschlusses des gegenständlichen Vertrages, mindestens jedoch 25 Jahre, eine Inflationsrate gemäß dem vom Statistischen Bundesamt festgestellten Erzeugerpreisindex für Dienstleistungen sowie jährliche Wartungs- und Instandhaltungskosten in Höhe von 1.625 EUR je Standort einer technischen Schutzmaßnahme.

Eine Fixierung auf das Enddatum 2065 halten die FNB für ebenso wenig sinnvoll, wie den Ansatz von maximal 55 Jahren (regulatorische Abschreibungsdauer von Gasleitungen) als Dauer für die Erstattung. Einerseits werden die tatsächlichen Nutzungsdauern angesichts der beabsichtigten klimaneutralen Nach- bzw. Weiternutzung für den Transport von Wasserstoff über diesen Zeitraum hinausgehen. Andererseits würde eine ungerechtfertigte Benachteiligung im Hinblick auf die Kostenerstattung für erforderliche Maßnahmen erfolgen, die erst durch Sachverhalte in den kommenden Jahren durch die ÜNB ausgelöst werden. Durch die Fixierung auf das Jahr 2065 würde zum Beispiel für eine Maßnahme, die in 2032 erforderlich wird, nur noch eine Erstattung für längstens 33 Jahre erfolgen können, was unbillig ist.

- e) Ziffer III. Kostenanerkennung in der FSV enthält die Formulierung: *„Die Kosten für technische Schutzmaßnahmen sind nur einmalig anzusetzen; ein Ersatz ist nicht in der Einmalzahlung nach § 49a EnWG vorzusehen.“*

Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass die Erdungsanlagen über die Zeit an Wirksamkeit verlieren und auch defekt gehen können. Daher sind für den Zeitraum der Restnutzungsdauer erforderliche Instandsetzungs- und Erneuerungskosten durch den ÜNB zu erstatten. Mit der aktuellen Formulierung wird darauf abgestellt, dass eine Ersatzinvestition ausgeschlossen ist. Die FNB können dieser Argumentation nicht folgen.

Die technischen Schutzeinrichtungen bestehen in der Regel aus Erdern (z. B. Tiefenerdern), welche bis zu über 100 Meter tief sein können, einer Abgrenzeinheit (z. B. Kondensator) und häufig noch aus einem Anlagenschutz.

Ein Erder besteht aus Stahl und unterliegt der Korrosion im Erdreich, weshalb seine Funktion über die Jahre nachlässt. Der Erder wird zur Reparatur nicht geborgen, da dies unverhältnismäßig hohe Kosten verursachen würde. Stattdessen wird an einer anderen geeigneten Stelle im Nahbereich ein neuer Erder errichtet. Die Abgrenzeinheit und der Anlagenschutz bleiben im Übrigen grundsätzlich bestehen.

Eine Abgrenzeinheit könnte zwar in derselben Art und Weise ersetzt werden, jedoch wäre es angemessener, diese nach dem in der Zukunft geltenden Standard der anerkannten Regeln der Technik

und auf dem Markt verfügbaren Komponenten unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit zu ersetzen.

Diese Varianten würden jedoch gemäß aktueller Vorlage der FSV – ohne sachliche Rechtfertigung – eine Neuinvestition darstellen, obwohl es sich in jedem Falle um eine bloße Instandhaltungsmaßnahme handelt.

#### **Zu IV. Nachweis und Prüfpflichten (erste Anlage zum Beschlussentwurf)**

Es ist nachvollziehbar, dass die bei betroffenen Infrastrukturbetreibern notwendigen Schutzmaßnahmen dokumentiert werden müssen. Die FNB regen an, die Anforderungen an die Plausibilitätsprüfung durch die ÜNB zu konkretisieren und diese auf die Vorlage von Rechnungen und Leistungsnachweisen (rechnerische Richtigkeit) zu beschränken. Die FSV lässt auch offen, in welchem prozessualen Ablauf und in welcher Tiefe eine solche Prüfung ablaufen soll.

#### **Zu V. Gültigkeit der FSV (erste Anlage zum Beschlussentwurf)**

Unter Punkt V. Gültigkeit der FSV ist erwähnt, dass die FSV rückwirkend zum 01.01.2023 bis zum Ende der vierten Regulierungsperiode am 31.12.2028 gilt. Das wirft Fragen auf bzgl. der Kosten, die bereits im Rahmen bilateraler Verträge erstattet wurden. Ferner bleibt offen, wie es nach 2028 weitergeht und ob die FSV dann ihre Gültigkeit verliert. Die FNB halten eine Klarstellung für geboten.

#### **Zu Anlage B II Wartung und Instandhaltung**

In Anlage B Technische Maßnahmen sind unter Punkt II die Kosten für Wartung- und Instandhaltung der Erder pauschal mit 1.000 EUR pro Erder pro Jahr beziffert. Die Pauschale für Wartung und Instandhaltung wurde seitens der FNB mit 1.625 EUR berechnet und so auch im Rahmen der Zuarbeit für die Anlage zur FSV an die ÜNB übermittelt. Die Senkung der Pauschale um 625 EUR ist unbegründet und unangemessen.

#### **Ansprechpartner:**

Herr Elvin Eyubov

Telefon: +49 151 155 905 32

elvin.eyubov@fnb-gas.de